

„Gesetz zur Förderung der politischen Partizipation in den Gemeinden“

Rede von Michael Solf MdL vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen,
gehalten am 24. Juni 2009

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Anrede,

erlauben Sie mir bitte eine Vorbemerkung. Es ist ja schön, von einem Teil der Opposition gelobt zu werden, aber es ist mir ein wirkliches Bedürfnis – das muss der Fairness halber gesagt werden –, darauf hinzuweisen, dass sich der Kollege Lindner in ganz besonders dankenswerter Weise und sehr energisch um einen Kompromiss bemüht hat. Wir haben an einem Wochenende ganz lange miteinander debattiert und geschaut, wie man in die eigenen Parteien und in die Öffentlichkeit hineinwirken könnte, damit es zu einem Kompromiss kommt. Kompromiss gehört zum politischen Geschäft. Rainer Lux hat bereits vorhin gesagt, dass uns eine Befristung von zehn Jahren lieber wäre. Aber wir haben nun einmal diesen Kompromiss.

Am Schluss der verschiedenen Redebeiträge möchte ich Folgendes ausführen: Bei allen Unterschieden im Detail und allen Versuchen – ich sage das besonders in Gegenwart der LAGA –, die jahrelange Vorgeschichte der Änderung des § 27 GO in einem sich selbst beschönigenden Sinne vergessen machen zu wollen, eint uns alle doch ein Ziel: Wir wollen die politischen Partizipationsmöglichkeiten von Menschen mit einer Zuwendungsgeschichte nachhaltig verbessern. Deshalb sieht unser Gesetzentwurf folgende Neuerungen vor, die ich noch einmal schlaglichtartig vorstellen möchte:

Erstens gehören – das ist neu – den Integrationsgremien künftig neben den direkt gewählten Migrantenvvertretern auch Ratsmitglieder an. Sie

sind damit besser in die Beratungsfolge des Rates und seiner Ausschüsse eingebunden.

Zweitens wird der Integrationsrat – auch das ist neu – als Grundmodell verankert. Durch Beschluss des Rates kann allerdings auch ein Integrationsausschuss gebildet werden. Wir lassen damit den Kommunen eine weitgehende Gestaltungsfreiheit, weil eben die integrationspolitischen Rahmenbedingungen vor Ort sehr unterschiedlich sind.

Ich weiß, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, dass Sie den Integrationsrat als einzig zulässiges Modell festschreiben wollen. Doch in den Anhörungen zu den Gesetzentwürfen wurde aus den Kommunen auch von positiven Erfahrungen mit den Integrationsausschüssen berichtet. Daher lautet meine Frage an Sie: Wollen Sie den Kommunen denn wirklich diese Erfahrungen zunichte machen? Das geht sicherlich nicht.

Drittens erweitern wir das aktive Wahlrecht – begrenzt auf einen Zeitraum von fünf Jahren – auch auf bereits eingebürgerte Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte. Diese Menschen mit ihrem Erfahrungsschatz künftig in den Integrationsgremien verortet zu wissen, stimmt mich froh. Diese Menschen kennen den Weg der Integration mit all seinen Hürden und können denjenigen, die diesen Weg noch vor sich haben, wertvolle Hinweise geben. Sie sind sozusagen das „Integrationssscharniergelenk“. Insbesondere können sie ein Vorbild sein beim Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft. Ich verhehle deshalb auch nicht, dass Rainer Lux und ich eine Begrenzung auf zehn Jahre noch lieber gehabt hätten.

Viertens werden die Integrationsgremien auch künftig Beratungskompetenz haben. Unbeschadet dessen können sie über vom Rat zugewiesene Mittel nach dessen Leitlinien zur Förderung von Projekten entscheiden. Die in den vergangenen Wochen vorgebrachte Kritik, dass dies ein Rückschritt sei, kann ich nicht teilen. Auch die derzeitigen Integrationsgremien haben lediglich Beratungskompetenz. An dieser Rechtslage ändert unser Gesetzentwurf rein gar nichts. Der Hintergrund der Regelung ist schlicht

und einfach, dass die Integrationsräte und Integrationsausschüsse im Gegensatz zum Gemeinderat keine vom Staatsvolk legitimierten Gremien sind.

Abschließend möchte ich durchaus in Respekt anerkennen, dass auch der Gesetzentwurf von Bündnis 90/Die Grünen viel Gutes und Richtiges enthält. Aufgrund der von mir bereits erwähnten Abweichungen im Detail müssen wir ihn allerdings ablehnen. Ich bin jedenfalls der Überzeugung, dass unser Gesetzentwurf sinnvoll und geeignet ist, um das Ziel einer besseren Partizipation von Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte auch in der Praxis erfolgreich mit Leben zu füllen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!